

Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2014

Die wichtigsten Ergebnisse für 2014

Die Armutsgefährdungsquote ging in Niedersachsen 2014 erstmals seit drei Jahren wieder zurück. Sie lag 2014 bei 15,3 % und damit 0,5 Prozentpunkte niedriger als 2013, aber immer noch 0,8 Prozentpunkte höher als 2010. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass in Niedersachsen ca. 1 179 000 Menschen von Armut gefährdet waren.

Die Entwicklung im Land verlief damit günstiger als die im Bundesgebiet insgesamt: Auch bundesweit stieg die Armutsgefährdungsquote seit 2010 laufend an und sank jetzt erstmals wieder um 0,1 Prozentpunkte auf 15,4 % im vergangenen Jahr.

Als armutsgefährdet gelten alle Personen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens, gemessen am Median¹⁾. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2014 in Niedersach-

sen für einen Einpersonenhaushalt bei 907 Euro, für einen Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern bei 1 905 Euro.²⁾ Im Bundesdurchschnitt lag die Schwelle mit 917 Euro etwas höher.³⁾

Niedersachsen im Ländervergleich

Der Rückgang von 0,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr war überdurchschnittlich hoch (vgl. Tabelle T1.1). In den an das Land angrenzenden Stadtstaaten Bremen (-1,6) und Hamburg (-0,7) traten allerdings noch höhere Rückgänge der Armutsgefährdung auf. Im großräumigen Überblick gab es im Durchschnitt der 10 westdeutschen Länder eine leichte Zunahme um 0,1 Prozentpunkte und im Durchschnitt der 6 ostdeutschen Länder einen Rückgang um 0,5 Prozentpunkte. Die Armutsgefährdung nahm

1) Der Median oder der Zentralwert bezeichnet eine Grenze zwischen zwei Hälften. Er ist der Wert genau in der Mitte der Daten, wenn diese der Größe nach geordnet sind. Links und rechts von ihm befinden sich gleich viele Elemente. Der Median ist darum gegenüber „Ausreißerwerten“, auf die das arithmetische Mittel stark reagiert, unempfindlich. Besonders bei sehr ungleichen Verteilungen, wie z. B. hier bei Einkommensverteilungen, ist darum der Median der am besten geeignete Mittelwert.

2) Nähere Erläuterungen und Definitionen in Eichhorn, Lothar, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2013, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 12/2014, S. 642ff.

3) Die Armutsgefährdungsquoten werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nach einheitlichen Methoden und Verfahren auf Basis des Mikrozensus gemeinsam ermittelt und publiziert. Die konkreten Berechnungen werden von IT.NRW durchgeführt.

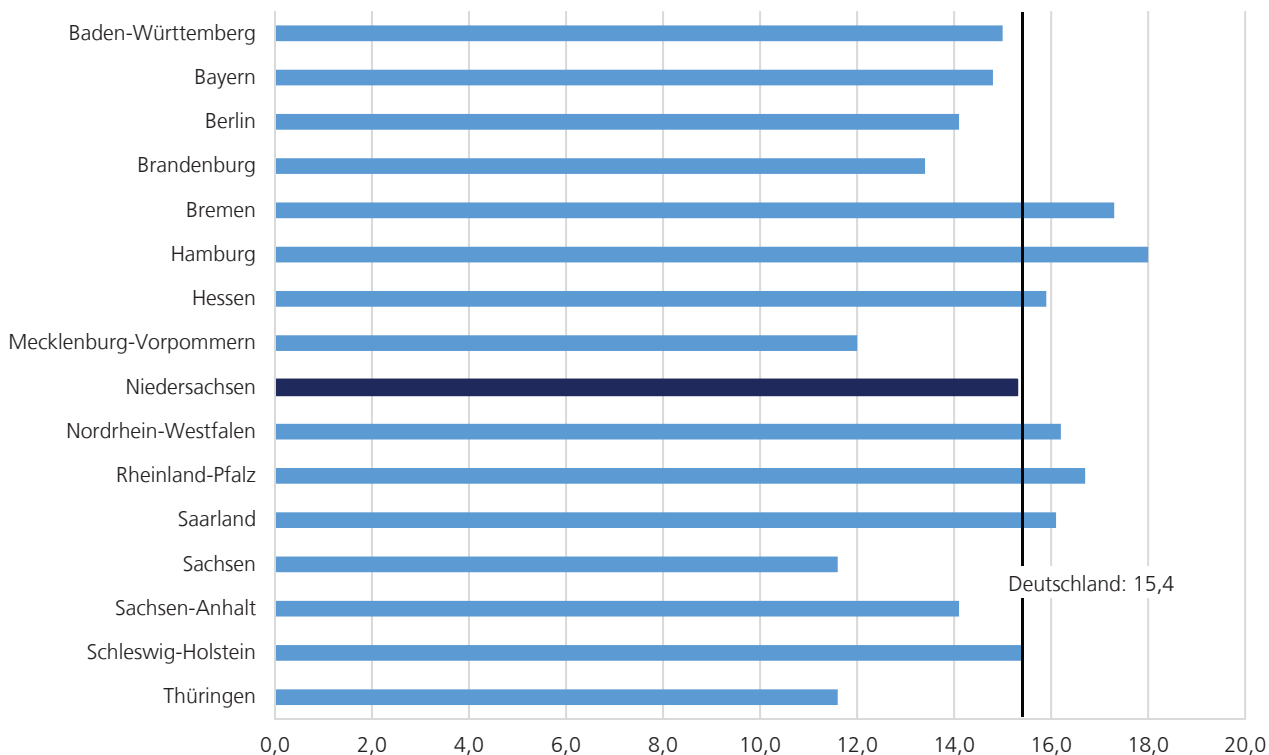
T1.1 | Armutsgefährdungsquoten¹⁾ 2005 bis 2014 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung		
											2014	2014	2014
											gg.	gg.	gg.
%											Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	+1,8	+1,0	+0,2
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,2	14,1	14,6	14,8	+1,3	+1,0	+0,2
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	+0,8	-0,1	-0,9
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	-0,9	-0,2	-0,9
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	+3,2	+0,0	-1,6
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	18,0	17,7	17,9	18,0	+1,3	+0,6	+0,1
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	+1,4	+1,3	+0,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	-1,1	-1,4	-1,5
Niedersachsen	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	+1,0	+0,8	-0,5
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	+2,2	+1,5	+0,2
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	+2,2	+1,0	+0,0
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	+2,2	+2,7	+0,2
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	-1,7	-1,4	-0,3
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	+0,0	+0,6	+0,0
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	+1,3	+0,2	-0,2
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	-1,1	-0,9	-0,1
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	+1,4	+0,9	-0,1

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

A1 | Armutsgefährdungsquoten 2014 nach Ländern (Regionalkonzept) - Prozent -



in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen um 0,2 Prozentpunkte zu, in Hessen und Rheinland-Pfalz blieben die Quoten unverändert. Gemessen am jeweiligen regionalen Durchschnitt lagen im Jahr 2014 die höchsten Quoten in den Stadtstaaten Hamburg (18,0 %) und Bremen (17,3 %). Die niedrigsten Quoten wurden mit 11,6 % für Sachsen und Thüringen ermittelt (vgl. Abbildung A1).

Auf Basis des bundesdeutschen Schwellenwerts (vgl. T1.2) für die Armutsgefährdung gab es die höchste Quote im Land Bremen (24,1 %) und die niedrigste in Baden-Württemberg (11,4 %). Für Niedersachsen ergab sich bei dieser Betrachtungsweise eine Quote von 15,8 %, 0,3 Prozentpunkte weniger als 2013.

Eine auf dem regionalen Median basierende Betrachtungsweise („Regionalkonzept“) konzentriert den Blick stärker auf die vertikalen Disparitäten innerhalb einer Region, während die auf dem nationalen Median basierende Quote („Nationalkonzept“) stärker auf die horizontalen Disparitäten des nominalen Einkommens zwischen den Regionen schaut. Für die Untersuchung der Entwicklung der Armutsgefährdung liefern beide Quoten bzw. Betrachtungsweisen sinnvolle Aussagen; die auf dem regionalen Median basierende Quote hat gegenüber der anderen aber unter anderem den Vorteil, dass sie durch regional unterschiedliche Preisniveaus, vor allem der Mieten, nicht verzerrt wird. Wenn nicht anders angeführt, beziehen sich im Folgenden alle Angaben auf Berechnungen nach dem Regionalkonzept.

Die Tabelle T2 gibt Aufschluss über Höhe und Entwicklung der Armutsgefährdungsschwellen für einen Einperso-

nenhaushalt, differenziert nach Ländern. Die regionalen Schwellenwerte lagen 2014 zwischen einem Minimum von 769 Euro in Mecklenburg-Vorpommern und einem Maximum von 1 009 Euro in Baden-Württemberg. In diesen Zahlen wird ein Südwest-Nordost-Gefälle deutlich. Niedersachsens Wert von 907 Euro war leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 917 Euro. Dies liegt daran, dass die Einkommen und Verdienste in Niedersachsen leicht unter dem Bundesdurchschnitt lagen. Die meisten von Niedersachsens Nachbarländern (Nordrhein-Westfalen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen) wiesen geringere Werte als Niedersachsen auf. Nur in Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein waren die Einkommen und damit die Armutsgefährdungsschwellen höher als in Niedersachsen.

Erheblich gesteigerte Datenqualität des Ausgangsmaterials

Die Datenqualität ist in den vergangenen Jahren immer weiter verbessert worden. Für die Berichterstattung über Armut und Reichtum sind selbstverständlich die Angaben über die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens von besonderer Bedeutung. Fragen nach dem Einkommen sind aber immer besonders sensibel, und Antwortausfälle sind nicht selten. Alle großen Bevölkerungsumfragen kennen dieses Problem. So lag im Jahr 2009 die entsprechende Antwortausfallquote des Fragenkomplexes in Niedersachsen bei 5,4 %. Die für den Mikrozensus Verantwortlichen haben seitdem aber große Anstrengungen unternommen und viel Überzeugungsarbeit bei den Berichtspflichtigen geleistet, um die Ausfallquote zu senken. Dies war nicht ver-

T1.2 | Armutsgefährdungsquoten 2013 und 2014 nach Ländern – National- und Regionalkonzept

Land	Nationalkonzept		Regionalkonzept	
	2013	2014	2013	2014
	%			
Baden-Württemberg	11,4	11,4	14,8	15,0
Bayern	11,3	11,5	14,6	14,8
Berlin	21,4	20,0	15,0	14,1
Brandenburg	17,7	16,9	14,3	13,4
Bremen	24,6	24,1	18,9	17,3
Hamburg	16,9	15,6	17,9	18,0
Hessen	13,7	13,8	15,9	15,9
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	21,3	13,5	12,0
Niedersachsen	16,1	15,8	15,8	15,3
Nordrhein-Westfalen	17,1	17,5	16,0	16,2
Rheinland-Pfalz	15,4	15,5	16,7	16,7
Saarland	17,1	17,5	15,9	16,1
Sachsen	18,8	18,5	11,9	11,6
Sachsen-Anhalt	20,9	21,3	14,1	14,1
Schleswig-Holstein	14,0	13,8	15,6	15,4
Thüringen	18,0	17,8	11,7	11,6
Deutschland	15,5	15,4	15,5	15,4

T2 | Armutsgefährdungsschwellen¹⁾ für Einpersonenhaushalte 2005 bis 2014 nach Ländern

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gg. 2010
	Euro										%
Baden-Württemberg	800	811	831	856	871	895	925	952	979	1 009	+12,7
Bayern	787	796	817	846	859	892	916	943	973	998	+11,9
Berlin	692	704	721	731	742	766	785	803	814	841	+9,8
Brandenburg	661	677	701	734	749	777	793	803	826	848	+9,1
Bremen	662	668	711	726	746	775	781	806	797	822	+6,1
Hamburg	762	787	812	845	871	903	913	928	934	964	+6,8
Hessen	781	786	815	828	845	872	895	919	941	961	+10,2
Mecklenburg-Vorpommern	615	626	633	654	677	696	718	724	735	769	+10,5
Niedersachsen	730	731	752	768	790	812	841	861	887	907	+11,7
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815	835	855	873	895	+9,8
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843	869	894	920	942	+11,7
Saarland	701	707	720	762	765	809	836	856	869	890	+10,0
Sachsen	653	668	677	698	706	726	736	755	775	803	+10,6
Sachsen-Anhalt	630	640	655	677	694	725	741	753	773	800	+10,3
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851	882	905	927	952	+11,9
Thüringen	640	654	673	699	713	736	759	770	791	815	+10,7
Deutschland	736	746	764	787	801	826	849	870	892	917	+11,0

Berechnung: IT.NRW

1) 60% des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

geblich: Die Ausfallquote sank bundesweit; in Niedersachsen ging sie kontinuierlich bis auf nur noch 0,9 % in den Berichtsjahren 2013 und 2014 zurück. Die Angaben wurden dadurch immer verlässlicher. Am höchsten war und ist die Ausfallquote bei den Selbstständigen: Bei dieser sozialen Gruppe lag sie 2009 bei 12,2 %, im Jahr 2014 aber nur noch bei 3,2 %. Ähnlich war die Entwicklung bei den Haushalten von Geringqualifizierten, wo im gleichen Zeitraum die Ausfallquote von 8,1 % – das war seinerzeit der zweithöchste Wert – auf nur noch 0,7 % zurückging.

Bei der Interpretation der Ergebnisse für 2014 ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2014 die Mieten und daher auch der Komplex der Mietzuschüsse erheblich differenzierter als im Vorjahr erfragt wurden. Das geschieht alle vier Jahre; innerhalb des Betrachtungszeitraums der Tabellen also in den Jahren 2006, 2010 und 2014. Durch dieses genauere Nachfragen werden die Einkommen vollständiger erfasst, denn gerade Mietzuschüsse u. ä. gehören zwar definitionsgemäß zum Einkommen, werden aber leicht von den Befragten vergessen, wenn sie nicht explizit darauf angesprochen werden. Dadurch fällt der beobachtete Rückgang der Armutsgefährdungsquote wahrscheinlich etwas deutlicher aus, als es ohne diesen statistischen Effekt, der alle vier Jahre auftritt, der Fall wäre. Die in den Tabellen ausgewiesenen Veränderungsdaten beziehen sich damit in der Regel auf das Jahr 2010.

Für welche Gruppen sank 2014 die Armutsgefährdung, für welche Gruppen stieg sie?

Die Tabelle T3 gliedert die Armutsgefährdungsquoten im Zeitverlauf nach sozialen Gruppen und Lebenslagen auf. Besonders starke Rückgänge gab es im Vorjahresvergleich vor allem für Personengruppen, die stärker als andere von Armut bedroht sind, nämlich junge Leute, Alleinerziehende und große Familien:

- Kinder und Jugendliche: -0,9 Prozentpunkten auf 19,0 %
- 18 bis unter 25jährigen: -1,6 Prozentpunkte auf 24,0 %
- Alleinerziehende und ihre Kinder: -0,7 Prozentpunkte auf 41,6 %
- Haushalte von zwei Erwachsenen mit drei oder mehr Kindern: -1,9 Prozentpunkte auf 25,1 %.

Alle diese Gruppen sind aber nach wie vor stark überdurchschnittlich von Armut gefährdet.

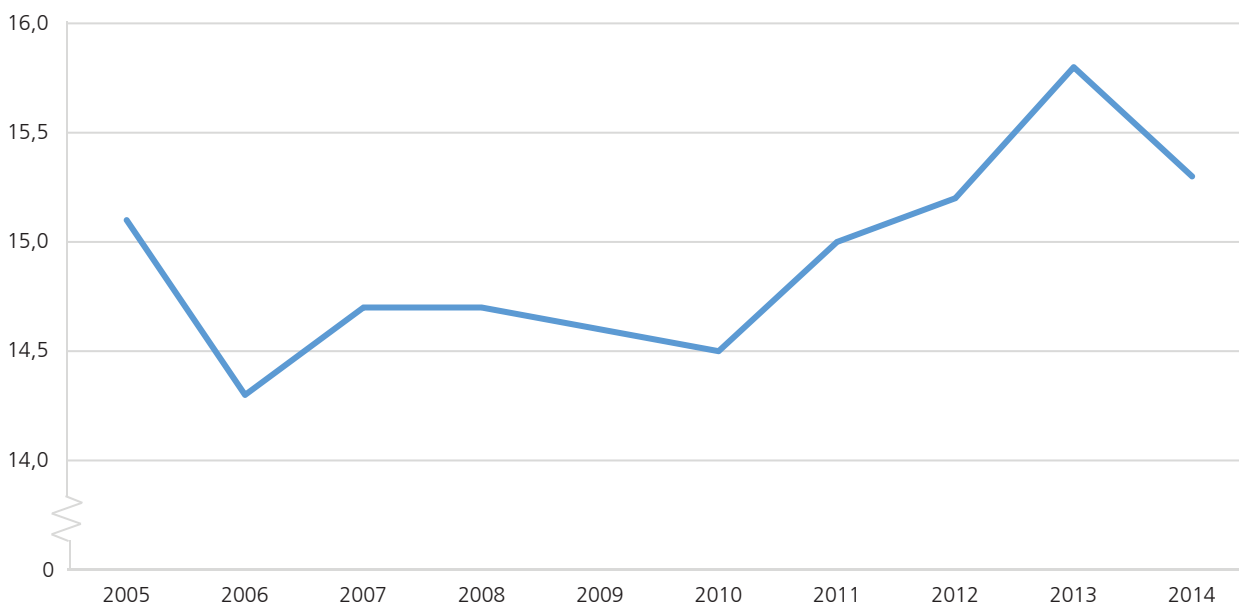
Die Zahl der Erwerbslosen ging zwar weiter zurück⁴⁾ – das ist auch ein Grund für das gesunkene Ausmaß der Armutsgefährdung. Für diejenigen aber, die trotz günstiger Arbeitsmarktlage 2014 erwerbslos waren, stieg die Quote noch einmal um 0,2 Prozentpunkte auf 57,0 %. Damit im Zusammenhang steht, dass auch die Gefährdungsquote der Personen mit niedrigem Bildungsniveau von 31,5 auf 31,9 % und damit um 0,4 Prozentpunkte stieg.

Besonders auffällig ist die Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten für Ausländerinnen und Ausländer einerseits und für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte⁵⁾ andererseits: Während die Gefährdungsquote der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte um 0,8 Prozentpunkte auf 27,7 % sank, erhöhte sich die Quote der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit erneut um 0,6 Prozentpunkte auf jetzt 36,6 %. Das bedeutet, dass die soziale

4) Vgl. z. B. die Entwicklung der Zahl der Erwerbslosen nach dem ILO-Konzept in Niedersachsen 2013 und 2014 (GENESIS Online, Tabelle 12211-0005, Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen, abgerufen am 1.10.2015) sowie die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2013 und 2014 (GENESIS Online, Tabelle 13211-0012, Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen, abgerufen am 1.10.2015).

5) Der Begriff „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ wird im Folgenden synonym mit dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ gebraucht. Information zur definitorischen Abgrenzung unter: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Aktuell.html

A2 | Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen 2005 bis 2014 (Regionalkonzept) - Prozent -



T3 | Armutsgefährdungsquoten¹⁾ für Niedersachsen 2005 bis 2014 nach soziodemografischen Merkmalen (Regionalkonzept)

Merkmal	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung		
											2014 gg. 2006	2014 gg. 2010	2014 gg. 2013
											%		
Insgesamt	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	+1,0	+0,8	-0,5
Alter													
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	19,7	19,9	19,9	19,0	-1,1	-0,4	-0,9
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	21,9	23,7	25,6	24,0	+1,4	+0,2	-1,6
25 bis unter 50	14,1	13,4	13,7	13,8	13,5	13,3	13,4	13,5	14,1	13,6	+0,2	+0,3	-0,5
50 bis unter 65	10,7	10,0	10,5	10,6	11,0	11,1	11,8	11,6	11,9	11,9	+1,9	+0,8	+0,0
65 und älter	12,2	11,3	12,1	12,0	12,4	12,2	14,0	14,4	15,4	15,3	+4,0	+3,1	-0,1
Geschlecht													
Männlich	14,6	13,9	14,1	14,1	14,0	14,0	14,2	14,3	15,0	14,5	+0,6	+0,5	-0,5
Weiblich	15,7	14,7	15,3	15,3	15,2	15,0	15,8	16,0	16,6	16,0	+1,3	+1,0	-0,6
Alter und Geschlecht													
Männlich													
18 bis unter 25	24,0	21,3	22,0	21,9	21,3	22,1	21,9	22,5	24,5	23,1	+1,8	+1,0	-1,4
25 bis unter 50	13,8	13,0	13,2	13,0	12,9	12,8	12,4	12,7	13,5	13,5	+0,5	+0,7	+0,0
50 bis unter 65	10,6	9,9	10,4	10,7	10,8	11,1	11,5	11,1	11,7	11,5	+1,6	+0,4	-0,2
65 und älter	10,1	9,7	9,8	9,6	10,0	10,3	11,3	11,5	12,6	12,4	+2,7	+2,1	-0,2
Weiblich													
18 bis unter 25	27,8	23,9	24,6	25,2	24,1	25,7	22,0	24,9	26,6	24,8	+0,9	-0,9	-1,8
25 bis unter 50	14,4	13,7	14,2	14,5	14,1	13,8	14,4	14,3	14,7	13,8	+0,1	+0,0	-0,9
50 bis unter 65	10,8	10,1	10,5	10,5	11,2	11,0	12,1	12,2	12,1	12,3	+2,2	+1,3	+0,2
65 und älter	13,8	12,6	13,9	13,9	14,3	13,7	16,2	16,6	17,7	17,6	+5,0	+3,9	-0,1
Haushaltstyp²⁾													
Einpersonenhaushalt	22,9	21,0	23,5	23,5	23,3	22,7	24,7	25,5	26,5	25,4	+4,4	+2,7	-1,1
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	7,6	7,8	7,4	7,8	8,0	8,6	8,4	8,9	9,1	+1,5	+1,1	+0,2
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,5	7,9	8,1	7,7	8,7	7,4	8,2	9,0	9,3	+0,8	+0,6	+0,3
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	38,5	40,6	42,3	41,5	39,9	44,2	44,0	42,3	41,6	+3,1	+1,7	-0,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	10,2	9,7	10,3	10,3	9,0	9,3	8,9	9,5	8,6	-1,6	-0,4	-0,9
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	11,4	11,2	9,7	9,8	9,7	9,8	9,4	10,2	10,1	-1,3	+0,4	-0,1
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	29,4	29,2	28,4	24,7	26,7	25,6	26,9	27,0	25,1	-4,3	-1,6	-1,9
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	17,2	17,6	18,9	20,6	19,3	18,3	19,8	20,7	20,3	+3,1	+1,0	-0,4
Erwerbsstatus³⁾													
Erwerbstätige	7,0	6,6	6,9	7,2	7,2	7,4	7,4	7,5	8,0	7,2	+0,6	-0,2	-0,8
Selbständige (einschl. mith. Familienangehörige)	9,0	7,8	7,4	8,5	8,0	8,4	8,4	8,8	9,1	8,5	+0,7	+0,1	-0,6
Abhängig Erwerbstätige	6,7	6,5	6,9	7,0	7,1	7,3	7,3	7,3	7,8	7,0	+0,5	-0,3	-0,8
Erwerbslose	49,3	47,0	55,8	56,2	52,9	52,3	56,4	57,8	56,8	57,0	+10,0	+4,7	+0,2
Nichterwerbspersonen	18,5	17,8	18,4	18,6	18,8	18,7	20,0	20,6	21,5	21,4	+3,6	+2,7	-0,1
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ⁴⁾	11,2	10,5	11,4	11,5	12,0	12,2	14,1	14,6	15,8	15,9	+5,4	+3,7	+0,1
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	20,3	20,2	20,2	20,0	19,5	19,8	20,0	20,1	19,1	-1,2	-0,4	-1,0
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	28,2	30,0	31,1	31,9	32,1	34,5	36,3	38,2	38,6	+10,4	+6,5	+0,4
Qualifikationsniveau⁵⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)													
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	32,4	34,9	35,9	36,0	35,7	38,3	40,1	42,4	41,0	+8,6	+5,3	-1,4
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,3	12,9	12,9	12,8	12,8	13,5	13,4	14,1	13,6	+1,3	+0,8	-0,5
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8	4,2	4,4	4,3	4,7	4,8	5,1	5,2	5,3	+0,5	+0,6	0,1
Qualifikationsniveau⁵⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)													
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	23,2	24,6	25,4	26,0	26,2	28,7	30,0	31,5	31,9	+8,7	+5,7	+0,4
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	9,5	10,1	10,1	10,2	10,1	11,0	10,8	11,5	11,1	+1,6	+1,0	-0,4
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,0	5,1	5,2	5,5	5,3	+0,2	+0,3	-0,2
Staatsangehörigkeit													
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	35,4	36,5	36,0	36,6	-5,3	-0,1	+0,6
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	13,8	13,9	14,5	13,8	+1,5	+0,9	-0,7
Migrationshintergrund⁶⁾													
Mit Migrationshintergrund	33,2	32,1	32,2	31,3	29,7	29,1	28,5	28,7	28,5	27,7	-4,4	-1,4	-0,8
Ohne Migrationshintergrund	11,7	10,9	11,3	11,4	11,5	11,5	12,3	12,4	13,0	12,6	+1,7	+1,1	-0,4

Berechnung: IT.NRW

- 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
- 2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.
- 3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).
- 4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.
- 5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Geringqualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher.
- 6) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Lage der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die zu- meist schon lange im Land leben oder sogar hier geboren sind, sich verbessert hat. Die ganz andere, ungünstigere Entwicklung für die Bevölkerung ohne deutsche Staatsan- gehörigkeit ist vermutlich auf den erhöhten Zuzug von Menschen mit geringem Einkommen zurückzuführen.

Mittelfristiger Vergleich zum Jahr 2010 bringt weitere Aufschlüsse

Der mittelfristige Vergleich der aktuellen Quoten mit dem Jahr 2010 ist wie ausgeführt frei von geringfügigen Verzer- rungen, da auch seinerzeit die Mietsituation sehr differen- ziert abgefragt wurde. Im Jahr 2010 gab es den seit 2006 niedrigsten Stand der Armutsgefährdung mit einer Quote von seinerzeit 14,5 %. Seitdem stieg die Armutsgefähr- dung fortlaufend bis 2013 (vgl. A2).

Die Quote des Jahres 2014 lag 0,8 Prozentpunkte höher als 2010. Besonders starke Zunahmen gab es bei den äl- teren Frauen über 65. Die Quote stieg hier von 13,7 % um 3,9 Prozentpunkte auf 17,6 %. Sehr starke Zunahmen gab es in diesem Zeitraum auch bei Geringqualifizierten (+5,7 Prozentpunkte), Erwerbslosen (+4,7 Prozentpunkte) und bei „sonstigen Nichterwerbspersonen“ (+6,5 Prozent- punkte). Zur letztgenannten Gruppe gehören unter ande- rem Menschen, die so krank oder behindert sind, dass sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Auch die „stille Reserve“ von Menschen, die entweder die Erwerbs- suche aufgegeben haben oder die auf eigenen Wunsch nicht erwerbstätig sind, gehört dazu.⁶⁾

6) Vgl. Rengers, Martina, Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in der Stillen Reserve. Ergeb- nisse für das Jahr 2010, in: Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 4 (2012), S. 299-319.

Reichtumsquote bleibt stabil bei 7,3 Prozent

Analog zur Armutsgefährdungsquote von 60 % des Medi- anneinkommens wird die Reichtumsquote berechnet, die bei 200 % angesiedelt ist. Reich ist nach dieser Definition, wer über mehr als das Doppelte des Durchschnitts verfügt. Die Quote sagt also etwas darüber aus, wieviel Prozent der Bevölkerung von ihrem Einkommen (nicht Vermögen!) her als reich oder zumindest wohlhabend betrachtet werden können. Sie sagt aber nichts darüber aus, wie groß der An- teil des Einkommens ist, der auf diese Personengruppe ent- fällt.⁷⁾

Die Reichtumsquote lag 2014 in Niedersachsen bei 7,3 % (vgl. T4 und A3). Gegenüber dem Vorjahr war sie (7,4 %) damit praktisch unverändert. Seit Beginn der Berechnun- gen über Armut und Reichtum betrug diese Quote, von geringfügigen Schwankungen nach unten in den Jahren 2007 und 2008 einmal abgesehen, immer 7,4 oder 7,3 %. Legt man die etwas höheren bundesdeutschen Schwellen- werte für die „Reichtumsschwelle“ zugrunde, lag die nie- dersächsische Reichtumsquote 2014 bei 7,0 %. Beide Zah- len bzw. Berechnungsmethoden besagen, dass der Anteil

7) Eine solche Information könnte der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen lie- fern. Er wird auf Basis des hier vorgestellten Datenmaterials auch berechnet und im Internet unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Tabelle A.3 „Gini-Ko- effizient der Äquivalenzeinkommen“ auch publiziert. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei 1 eine totale Ungleichverteilung (einer hat alles, alle anderen haben nichts) und 0 eine totale Gleichverteilung (alle haben genau gleich viel) bedeutet. Der Gini-Koeffizient liegt in Niedersachsen seit Jahren unverändert bei 0,28; bundesweit ebenfalls seit Jahren unverändert bei 0,29. Er ist in Hamburg mit 0,32 am höchsten und in drei ostdeutschen Ländern (Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen, Thüringen) mit 0,25 am niedrigsten. Die tatsächliche Ein- kommensverteilung ist aber stärker polarisiert, da die statistische Erfassung sehr ho- her Einkünfte nur unzureichend möglich ist. Darum wird an dieser Stelle darauf verzichtet, die Gini-Werte näher zu analysieren.

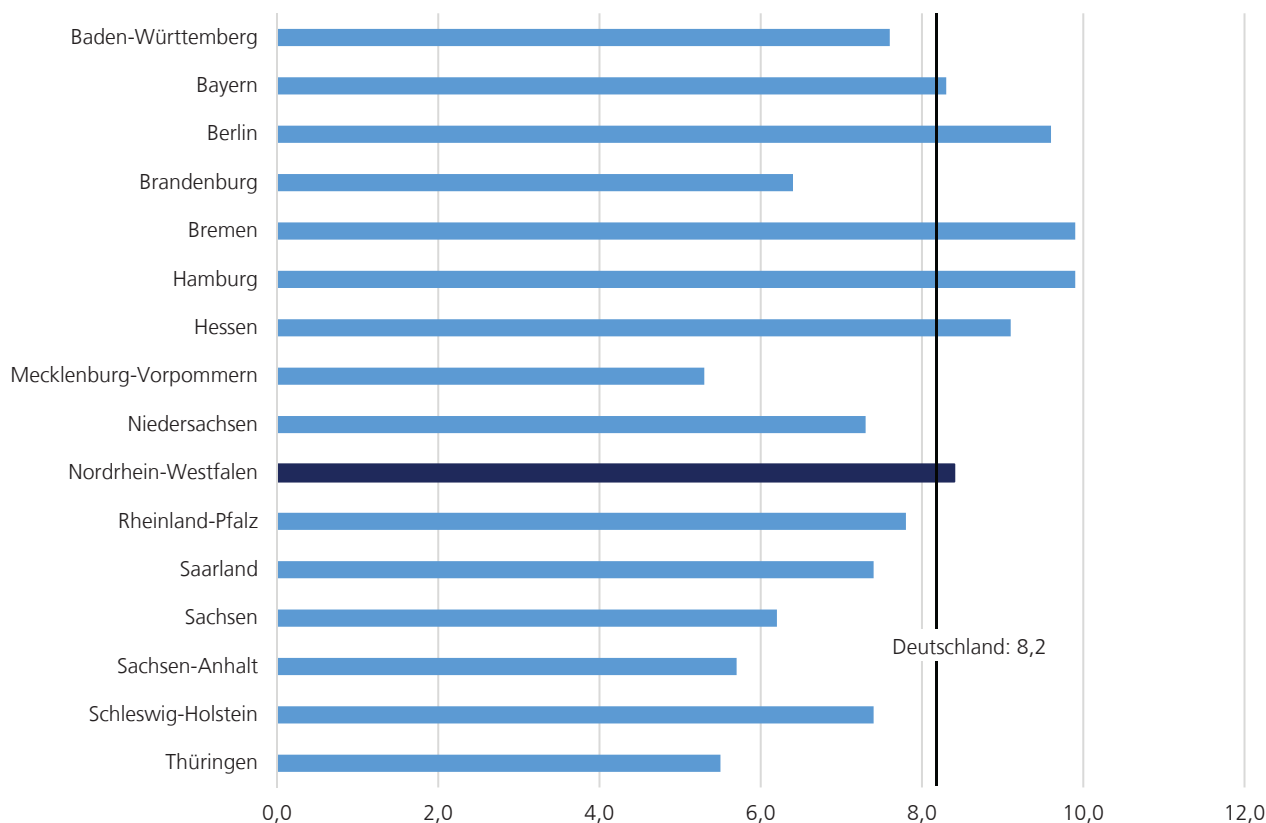
T4 | Einkommensreichtumsquoten¹⁾ 2005 bis 2014 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gg. 2006
	%										Prozentpunkte
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,3	7,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,8	7,6	+0,2
Bayern	7,9	7,8	8,1	7,9	7,9	7,9	8,0	8,1	8,2	8,3	+0,5
Berlin	9,2	9,5	9,1	9,2	9,3	9,0	9,2	8,7	9,6	9,6	+0,1
Brandenburg	6,4	5,9	5,6	5,6	5,8	6,5	7,0	6,9	6,8	6,4	+0,5
Bremen	9,5	8,7	7,1	7,5	8,3	8,9	9,1	8,8	9,5	9,9	+1,2
Hamburg	9,1	9,2	9,7	9,8	10,2	10,1	9,8	9,2	9,9	9,9	+0,7
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9	8,8	9,3	9,4	9,1	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	5,5	5,3	5,3	5,5	6,1	5,5	5,7	5,6	5,3	-0,2
Niedersachsen	7,4	7,4	7,0	7,1	7,4	7,3	7,3	7,3	7,4	7,3	-0,1
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6	8,4	8,4	8,5	8,4	+0,3
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4	8,2	8,2	8,0	7,8	+0,2
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6	6,6	6,7	7,6	7,4	+0,0
Sachsen	4,3	4,7	4,4	4,4	4,9	5,3	5,4	5,9	6,1	6,2	+1,5
Sachsen-Anhalt	4,9	4,8	4,6	4,5	5,3	5,2	5,2	5,3	6,3	5,7	+0,9
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	6,8	7,5	7,3	7,8	7,1	7,2	7,3	7,4	+0,8
Thüringen	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	5,2	5,5	5,9	5,8	5,5	+1,6
Deutschland	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	+0,4

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

A3 Einkommensreichumsquoten 2014 nach Ländern (Regionalkonzept) - Prozent -



reicher Personen in Niedersachsen relativ gering ist. Bundesweit wurde für 2014 eine Reichumsquote von 8,2 % ermittelt, wobei im nationalen Maßstab eine leichte langfristige Zunahme festzustellen ist. Besonders in den ostdeutschen Flächenländern gibt es einen klaren langfristigen Trend zur Zunahme der Reichumsquote. Trotzdem ist in Ostdeutschland die Reichumsquote deutlich niedriger als im Westen. Die höchsten Quoten gab es in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg (9,9 %), in Berlin (9,6 %) und in Hessen (9,1 %).

Regionale Strukturen: Relativ hohe Armutsgefährdung im Osten des Landes und in den Städten

Die Regionen des Landes sind unterschiedlich von Armut bzw. Armutsgefährdung betroffen. Dabei fallen, wie Tabelle T5 zeigt, vor allem Ost-West- sowie Stadt-Land-Strukturen auf.

Auf der Ebene der vier Statistischen Regionen des Landes ist für das Jahr 2014 zunächst die niedrige Quote von nur 13,8 % im westlich gelegenen Weser-Ems bemerkenswert. Damit kontrastieren die hohen Werte von 17,5 % in der östlich gelegenen Statistischen Region Braunschweig. Die Werte der Statistischen Regionen Lüneburg (14,8 %) und Hannover (15,9 %) lagen wie in den Vorjahren dazwischen.

Differenzierter ist das Bild der elf „regionalen Anpassungsschichten“ des Mikrozensus. Diese bestehen zumeist aus

mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten; eine Ausnahme stellt die Region Hannover dar, die aufgrund ihrer Größe in zwei Anpassungsschichten – die Landeshauptstadt und ihr Umland – zergliedert wird. Hier wird exemplarisch die oben erwähnte Stadt-Land-Struktur deutlich: Während das Umland der Stadt Hannover eine Armutsgefährdungsquote von nur 14,6 % aufwies, lag sie in der Landeshauptstadt bei 17,4 %. Eine noch höhere Quote hatte nur die ebenfalls durch städtische Strukturen geprägte Anpassungsschicht „Ostniedersachsen“ mit 18,1 %. Umgekehrt wies die stark ländlich geprägte Anpassungsschicht „Westniedersachsen“ die landesweit niedrigste Quote von nur 12,7 % auf.

Zeitliche Vergleiche sind aufgrund des mathematisch bedingten Stichprobenfehlers auf dieser relativ feingliedrigten Regionalebene nur eingeschränkt sinnvoll. Im Vergleich der aktuellen Werte für das Jahr 2014 mit denen des Jahres 2010 stechen aber drei Regionen mit relativ starken Veränderungen heraus:

- In der Landeshauptstadt ging die Armutsgefährdung um 2,2 Prozentpunkte zurück.
- In Ostniedersachsen und in Ostfriesland-Nordseeküste stieg sie um 2,3 Prozentpunkte.

Vergleich der Großstädte in Deutschland

Die Tabelle T6.1 zeigt die Armutsgefährdungsquoten (Basis: jeweiliger regionaler Median) der 15 größten Städte

T5 | Armutsgefährdungsquoten¹⁾ 2008 bis 2014 nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)

Anpassungsschicht / Statistische Region		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gg. 2010
		%							
Ostniedersachsen	LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Peine, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, KS Wolfsburg	13,8	15,0	15,8	15,5	16,6	18,1	18,1	+2,3
Südniedersachsen	LK Göttingen, LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Northeim	16,0	13,2	15,5	16,9	17,3	17,5	16,4	+0,9
Statistische Region Braunschweig		14,8	14,7	15,7	16,1	16,9	17,9	17,5	+1,8
Hannover, Lhst.	Landeshauptstadt Hannover	19,8	20,2	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	-2,2
Hannover, Umland	Umland Hannover	15,5	15,7	14,5	14,5	15,0	14,9	14,6	+0,1
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Hildesheim, LK Holzminden	13,2	14,6	15,6	14,5	13,3	15,1	14,4	-1,2
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,7	15,9	14,4	15,1	13,4	15,3	15,0	+0,6
Statistische Region Hannover		16,2	16,8	16,4	16,2	15,6	16,2	15,8	-0,6
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme), LK Stade	14,0	13,6	12,8	14,4	14,2	14,0	14,0	+1,2
Nordostniedersachsen	LK Celle, LK Lüchow-Dannenberg, LK Lüneburg, LK Heidekreis, LK Uelzen, LK Verden	15,5	13,9	14,6	15,0	15,6	17,1	15,7	+1,1
Statistische Region Lüneburg		14,2	13,6	13,6	14,7	14,9	15,5	14,9	+1,3
Ostfriesland-Nordseeküste	LK Aurich, LK Friesland, LK Leer, LK Wesermarsch, LK Wittmund, KS Emden, KS Wilhelmshaven	14,1	12,8	12,8	12,8	14,6	14,3	15,1	+2,3
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, LK Oldenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg	12,7	12,8	12,7	13,5	13,4	15,5	14,6	+1,9
Westniedersachsen	LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim, LK Osnabrück, LK Vechta, KS Osnabrück	13,7	13,1	12,0	13,0	12,4	13,1	12,7	+0,7
Statistische Region Weser-Ems		13,6	13,0	12,5	13,2	13,4	14,1	13,8	+1,3

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Deutschlands, darunter die Landeshauptstadt Hannover sowie die an Niedersachsen angrenzenden Großstädte Hamburg und Bremen, im zeitlichen Vergleich. Sehr hohe Armutsgefährdung mit Quoten über 20 % wiesen 2014 Stuttgart (21,2 %), Köln (20,6 %) und Düsseldorf (20,5 %) aus. Zumindest im Vergleich der Großstädte niedrige Armutsquoten von weniger als 15 % gab es vor allem in Berlin (14,1 %) und Duisburg (14,8 %). Die Landeshauptstadt Hannover lag mit ihrer Quote von 17,4 % im Großstädtevergleich 2014 in einem mittleren Bereich.

Interessante Aufschlüsse gibt der mittelfristige Vergleich mit dem Jahr 2010. In Dortmund (-2,4 Prozentpunkte) und Hannover (-2,2 Prozentpunkte) ging die Armutsgefährdung

deutlich zurück. Demgegenüber stieg sie vor allem in Köln (+3,3 Prozentpunkte), Stuttgart (+2,6 Prozentpunkte) und Düsseldorf (+1,9 Prozentpunkte) ebenso deutlich an.

Ein anderes Bild ergibt sich natürlich, wenn statt des jeweiligen regionalen Medianeinkommens („Regionalkonzept“) der bundesweite Median und damit eine bundesweit einheitliche Armutsgefährdungsschwelle („Nationalkonzept“) zugrunde gelegt wird. Tabelle T6.2 stellt die Daten für 2014 nach beiden Berechnungsmethoden bzw. Blickwinkeln gegenüber. Gemessen an der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle gab es 2014 die geringste Armutsgefährdung mit nur 9,4 % in München. Der höchste Wert wurde für Duisburg mit 24,8 % ermittelt. Acht von 15

T6.1 | Armutsgefährdungsquoten¹⁾ ausgewählter deutscher Großstädte 2005 bis 2014

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt										Veränderung	
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2014 gg. 2006	2014 gg. 2010
	%										Prozentpunkte	
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	+0,8	-0,1
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1	17,3	17,8	18,3	17,0	+3,7	-0,1
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9	18,0	15,2	14,0	15,5	+0,7	-2,4
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6	15,9	16,2	16,0	15,4	-1,4	-1,2
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9	14,2	14,1	13,9	14,8	+1,1	+0,9
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6	20,5	19,7	18,2	20,5	+2,7	+1,9
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5	19,1	18,6	19,4	18,7	+4,7	+1,2
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6	19,5	20,3	19,0	17,9	+0,2	+0,3
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	+1,3	+0,6
Hannover	19,7	17,9	18,6	19,8	20,2	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	-0,5	-2,2
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3	18,9	19,2	19,5	20,6	+5,1	+3,3
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9	15,8	16,0	16,8	15,3	-0,8	-0,6
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0	18,5	18,4	18,0	18,1	+0,9	+0,1
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9	18,0	17,3	17,9	19,3	+2,7	+1,4
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6	20,7	19,3	20,4	21,2	+5,6	+2,6

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

T6.2 | Armutsgefährdungsquoten ausgewählter deutscher Großstädte (National- und Regionalkonzept) 2014 sowie Kosten für Unterkunft und Heizung im Dezember 2014

Städte der Bundesrepublik	Armutsgefährdungsquote 2014		Kosten für Unterkunft und Heizung im Dezember 2014 ¹⁾
	Regionalmedian	Nationalmedian	
	%		Euro pro m ²
Berlin	14,1	20,0	9,38
Bremen	17,0	22,5	8,61
Dortmund	15,5	23,5	8,12
Dresden	15,4	19,4	8,47
Duisburg	14,8	24,8	7,57
Düsseldorf	20,5	17,7	10,14
Essen	18,7	20,8	10,62
Frankfurt am Main	17,9	14,7	11,39
Hamburg	18,0	15,6	10,68
Hannover	17,4	19,6	8,52
Köln	20,6	20,5	9,88
Leipzig	15,3	24,1	7,04
München	18,1	9,4	16,70
Nürnberg	19,3	20,8	9,53
Stuttgart	21,2	16,1	11,78

1) Kosten für Unterkunft und Heizung der SGB II-Bedarfsgemeinschaften, Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Die Angaben für Unterkunft und Heizung beziehen sich auf die gesamte Region Hannover.

Großstädten wiesen Quoten von über 20 % auf; Hannovers Wert von 19,6 % lag knapp darunter.

Zur Interpretation dieser Zahlen wurde eine externe Datenquelle herangezogen, nämlich die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) über die tatsächlich angefallenen Kosten der SGB II-Bedarfsgemeinschaften für Unterkunft und Heizung im Dezember 2014. Ausgewiesen sind in der Tabelle die jeweiligen Quadratmeterkosten; für die regionsangehörige Landeshauptstadt Hannover hat die BA keine Daten publiziert; ersatzweise werden die Daten für die gesamte Region Hannover genommen. Die Zahlen zeigen exemplarisch am Mietniveau die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten. Der Euro scheint in Leipzig, aber auch in Hannover und Bremen, eine höhere Kaufkraft als in München oder Stuttgart zu haben. Von daher ist es kein Zufall, dass in den sechs Städten mit relativ niedrigen Wohnkosten unter 9 Euro pro Quadratmeter die Armutsgefährdungsquoten nach dem Regionalkonzept deutlich niedriger ausfallen als nach dem Nationalkonzept. Umgekehrt ist es genauso wenig erstaunlich, dass in fünf von sechs Städten mit hohen Wohnkosten von mehr als 10 Euro pro Quadratmeter (München, Düsseldorf, Stuttgart, Hamburg und Frankfurt am Main; Ausnahme: Essen) die Armutsquoten nach dem Regionalkonzept deutlich höher sind als nach dem Nationalkonzept. Die nominal höheren Einkommen in München, Stuttgart und Frankfurt werden auch durch höhere Mietkosten real egalisiert.

Hinzu kommt, dass die Höhe der Wohnkosten die Höhe der Einkünfte gerade der armutsgefährdeten Personen

positiv beeinflusst: Mietzuschüsse und Wohngeld orientieren sich an den jeweiligen Kosten vor Ort. So erhielt im Dezember 2014 eine SGBII-Bedarfsgemeinschaft in München für Unterkunft und Heizung 509,25 Euro monatlich. In Stuttgart waren es 480,08 Euro. In der Region Hannover waren es nur 400,60 Euro, und in Duisburg nur 371,46 Euro. Im Bundesdurchschnitt lag der Wert bei 371,23 Euro.⁸⁾ Die regional unterschiedlich hohen Zuschüsse verhelfen vielen Menschen über die Schwelle der Armutsge-

8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bedarfe, Leistungen und Einkommen Dezember 2014, Nürnberg 2015.

fährdung. Das ist sozialpolitisch sinnvoll und erwünscht und führt dazu, dass SGBII-Bedarfsgemeinschaften in Städten wie Frankfurt, Stuttgart und München nominal höhere Einkommen haben als in Hannover, Bremen oder Leipzig.

Beide Effekte – regional unterschiedliche Miet- und Lebenshaltungskosten sowie Mietzuschüsse – zusammen genommen verzerren die nach dem Nationalkonzept berechneten Armutsgefährdungsquoten, während die nach dem Regionalkonzept berechneten Quoten davon unberührt bleiben.